

# Die Forderungen der Arbeiterschaft.

Unsere Gewerkschaften haben heute die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft formuliert und sie der Regierung und dem Reichsverband der Industriellen überreicht. An erster Stelle stehen selbstverständlich die Forderungen an den staatlichen Ernährungsdienst. Für den Augenblick können freilich auch unsere Gewerkschaften nichts anderes fordern, als daß die Regierung den trostlosen Zustand unserer Lebensmittelversorgung den Regierungen Deutschlands und Ungarns rückhaltlos darlege, die schweren Gefahren, die aus diesem Zustand erwachsen, den Verbündeten nicht verberge und mit allen Mitteln ihre Hilfe in der Stunde der Not zu erlangen suche. Die baldigste Wiederherstellung der vollen Brottration und die Beschaffung hinreichender Vorräte von Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Fett sind für Oesterreich wahre Lebensbedürfnisse, denen unsere Bundesgenossen in ihrem eigenen Interesse die Befriedigung nicht verweigern können. Für die Zukunft aber fordern unsere Gewerkschaften eine Lebensmittelpolitik, die uns vor der Wiederkehr solcher Ernährungsrisiken bewahren soll. Sie verlangen die lückenlose Erfassung und die planmäßige Verteilung aller Vorräte, die unbedingte Sperrung der wohlbekannten Schleichwege, auf denen die Lebensmittel der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen werden, und eine energische Preispolitik, die die Eier der Agrarier und der Händler im Interesse der Gesamtheit zu zähmen versteht. Hat die Arbeiterschaft bisher den Kampf für diese Forderungen so gut wie allein führen müssen, so fordern unsere Gewerkschaften jetzt mit Recht, daß die Unternehmerverbände ihren Einfluß mit dem unseren in diesem Kampfe vereinigen. In der Tat hat es sich an der österreichischen Industrie bitter gerächt, daß die Industriellen nie begriffen haben, daß es auch ihr Interesse ist, den Arbeitern die Möglichkeit zu sichern, ihre Muskel- und Nervenkraft ungeschwächt zu erhalten.

Hätten wir einen wohlgeordneten Ernährungsdienst, dann wäre es heute nicht notwendig, abermals Lohnforderungen zu stellen. Da aber unser öffentlicher Ernährungsdienst völlig zusammengebrochen ist, da die Preise so abenteuerlich schnell gestiegen sind, ist die Revision der Lohnsätze notwendig geworden. Wir wollen nur ein einziges Beispiel anführen, um diese Notwendigkeit zu begründen. Wie lebt heute ein qualifizierter Arbeiter in der Kriegsindustrie? Der Mann, dessen Haushalt wir als Beispiel wählen, hat ein Jahreseinkommen von 110 Kronen in der Woche. Das gilt in Wien schon als ein vergleichsweise hohes Einkommen. Er hat seine Frau und vier Kinder zu ernähren. An Wochentagen ist die Familie in der Kriegsküche zu Mittag; der Arbeiter zahlt dort für den Kopf und Tag 1.80 Kronen, also für sechs Köpfe täglich 10.80 Kronen, in der Woche 64.80 Kronen. Sein Budget gestaltet sich also in folgender Weise:

	Kronen
Kriegsküche . . . . .	64.80
Mietzins . . . . .	12.—
Krankenkasse . . . . .	2.50
	79.30

Von seinem Wochenlohn bleiben ihm jetzt noch 30.70 Kronen. Damit muß er bestreiten: Frühstück, Nachtmahl, am Sonntag noch das Mittagessen für sechs Köpfe, Beleuchtung und Beheizung, die Fahrtkosten auf der Straßenbahn, die Schulrequisiten für die Kinder, die Zeitung, den Gewerkschaftsbeitrag, Tabak. Und schließlich kann es, wenn man vier Kinder hat, wohl auch passieren, daß man ein Paar Schuhe besohlen lassen oder ein paar Stück Wäsche kaufen muß. Und nun sage man uns, wie all das bei den heutigen Preisen mit 30 Kronen wöchentlich möglich sein soll! Man braucht diese Zahlen nur anzusehen, um auf den ersten Blick zu erkennen, daß die Erhöhung der Arbeitslöhne selbst für die vergleichsweise besser entlohnten Schichten der Arbeiterschaft zur schlechtthin unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist.

Noch viel schlechter als den Arbeitern der Kriegsindustrie ergeht es aber den Arbeitern anderer Industriezweige, ergeht es vor allem den Eisenbahnern und den Arbeitern der Staatsbetriebe. deren Löhne

hinter den Löhnen der Privatindustrie weit zurückgeblieben sind. Da sind Zehntausende Menschen in eine Notlage geraten, die es ihnen einfach unmöglich macht, ehrlich ihre Familien zu ernähren. Hier muß Abhilfe geschaffen werden! Der Staat darf seine Arbeiter nicht in Verhältnissen leben lassen, die es verschulden, daß Hunderte graubärtiger Männer, die ihr Leben lang brave, ehrliche Familienväter gewesen sind, in ihrem Alter der Versuchung erliegen, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen. Der Staat muß sich, wenn er nicht selbst die schlimmsten Gefahren für sich und für die ganze Bevölkerung heraufbeschwören will, entschließen, die Lohnverhältnisse der Eisenbahner und der Staatsarbeiter gründlich zu bessern.

Freilich, gegen die geforderten Lohnforderungen wird ein gewichtiges Bedenken eingewendet: wenn der Staat seine Ausgaben vergrößert, ohne sich neue Einnahmequellen zu erschließen, so wird abermals der Banknotenumlauf vergrößert, daher steigen abermals die Warenpreise. Aber dies geschieht doch nur dann, wenn der Lohnerhöhung keine Erhöhung der Steuereinkünfte folgt; denn wenn der Staat foundso viel Millionen Banknoten ausgibt, um die Lohnzuschläge zu bezahlen, ebenso viele Banknoten aber in der Form von Steuerzuschlägen wieder an sich zieht, dann wird der Banknotenumlauf nicht vergrößert, werden daher auch die Warenpreise nicht erhöht. Die Kriegsgewinner, die erhöhte Steuern bezahlen müssen, decken dann die Kosten der Lohnerhöhung für die Arbeiter. Es gibt also einen Weg, die notwendige Erhöhung der Arbeitslöhne durchzuführen, ohne den Banknotenumlauf zu vergrößern und ohne die Warenpreise emporzutreiben. Die Lohnerhöhung bewilligen, gleichzeitig das Parlament einberufen und in ihm mit aller Entschiedenheit die Steuervorlagen betreiben, das ist es, was die Stunde heischt! So verknüpfen sich hier die wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften mit der Forderung der Partei nach der Einberufung des Parlaments. Denn daß zu den Steuern kein anderer Weg führt als der Weg durch das Parlament, daß jeder Gedanke an einen Absolutismus, der nach dem Rezept der Thun und Stürggh Steuern oktroyiert, ein leichtsinniges Spiel mit dem Feuer wäre, wird nach den Erfahrungen der letzten Tage am Ende selbst der Herr v. Seidler begreifen müssen.

Neben der Erhöhung der Arbeitslöhne fordern unsere Gewerkschaften auch die Erleichterung der Arbeitslast. Es handelt sich darum, zunächst für die Dauer des Krieges, für die Dauer der Unterernährung der Arbeiter die Arbeitsleistung, die von der Arbeiterschaft gefordert wird, der verminderten Leistungsfähigkeit anzupassen. Wie die Arbeitsdauer in Friedenszeiten geregelt werden wird, steht heute noch nicht in Frage; nach dem Kriege wird ja die Industrie eine völlige technische und wirtschaftliche Umschaltung erfahren, in deren Verlauf auch die Arbeitsverhältnisse unzweifelhaft neugeregelt werden müssen. Heute handelt es sich darum, einen wahren Kriegsnotstand zu lindern: volle Arbeit bei halber Nahrung ist ein unmöglicher, unerfüllbarer Anspruch!

Wir begreifen, daß sich die Regierung und die Unternehmerverbände nicht leichten Herzens entschließen, in diese Verhandlungen einzutreten. Es sind Opfer, schwere Opfer, die von ihnen gefordert werden. Aber es ist jetzt die Zeit, Opfer zu bringen! Vor kurzem ist in neun Wiener Bezirken eine Erhebung über den Berufsstand der im Kriege Gefallenen und Vermissten durchgeführt worden; die Erhebung hat ergeben, daß von den Gefallenen und Vermissten, deren Angehörige in diesen neun Bezirken wohnen, 75 Prozent Arbeiter und 10 Prozent Angestellte waren. So groß ist der Anteil der Arbeiterschaft an den Opfern des Krieges! Das mögen die im Kriege reich gemordeten Industriellen, das die Sachwalter des Staates, für den kämpfend jene Arbeiter gefallen sind, bedenken! Sie mögen begreifen, daß die Klasse, die solche Opfer gebracht hat, nun auch ihrerseits Opfer des Staates und der Gesellschaft heischen darf! Sie mögen verstehen, daß die Zwangslage, die heute von ihnen Opfer heischt, eine unentrinnbare Folge des Krieges ist; daß auch sie immer wieder in eine solche Zwangslage geraten werden, immer neue wirtschaftliche Opfer werden bringen müssen, wenn sie nicht so schnell als nur möglich dem Kriege ein Ende setzen! Welche Gefahren die Fortdauer des Krieges in sich

schließt, haben die letzten Tage abermals gezeigt. Die Arbeiterschaft fordert, daß die augenblickliche Not durch die notwendigen wirtschaftlichen Zugeständnisse gelindert werde. Aber sie fordert weiter und vor allem, daß die Herrschenden aus der Erfahrung der letzten Tage die Lehre ziehen, daß alles daranegelegt werden muß, den Krieg, aus dem alle diese Mitle und alle diese Gefahren erwachsen, endlich zu beenden!